

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 8.40 M., durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Beleggeld wird beibehalten. Einzelnummer 30 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersatzung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Kilsdorfstraße 11. Fernruf Nr. 5015 und 5016. — Anzeigenpreise: Die 3. vom breite Seitenzeile 60 Pf., die 2. vom breite Seitenzeile 75 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 1. M. Ausland 2. — bezw. 1. M. Rabatt 10. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 438

Samstag, 18. September 1920.

74. Jahrgang

Geschäftsführender Ausschuss der Deutschen Volkspartei.

Am 13. und 14. September tagte der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei in Berlin, um zu der politischen Lage und den damit zusammenhängenden Fragen Stellung zu nehmen. Ueber die Haltung, die die Deutsche Volkspartei in der augenblicklichen politischen Lage einzunehmen hat, ergab sich eine volle Einmütigkeit der Auffassung.

Als die notwendigste Aufgabe der Regierung erscheint die Wiederaufrichtung und die

Stärkung der Staatsautorität.

Deshalb müssen alle Versuche, der Staatsgewalt in der Verwaltung oder bei der Durchführung erlassener Gesetze in den Arm zu fallen, mit rücksichtsloser Tatkraft und durch Anwendung aller geeigneten Mittel vereitelt werden. In den staatlichen Betrieben, die dem Verkehr dienen, ist wie in allen anderen die Unabhängigkeit der staatlichen Leitung unbedingt und ausnahmslos aufrechtzuerhalten. Besondere Kontroll- und Verfügungsrechte, die von gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen beansprucht werden, laufen auf die Einsetzung einer gesetz- und verfassungswidrigen Nebenregierung hinaus, die mit dem Wesen der Staatsautorität unvereinbar und deshalb nicht zu dulden ist.

Als baldige

Neuwahlen in Preußen

wurden von allen Rednern als dringend notwendig gefordert. Die gegenwärtige preussische Regierung steht in schwebendem Widerspruch zu dem Volkswillen, der in den Wahlen vom 6. Juni Ausdruck gefunden hat. Ihr Weiterbestehen führt zu einem untragbaren Mißverhältnis zwischen Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung im Reich und in Preußen. Die Neuwahlen zur preussischen Landesversammlung dürfen deshalb nicht länger hinausgeschoben werden. Mit aller Entschiedenheit wurde es verurteilt, daß die preussische Regierung ihre augenblicklich ungerechtfertigte Macht ungescheut weiter dazu mißbraucht, in der Verwaltung die Stellen nach ihrem parteipolitischen Gesichtspunkt zu besetzen. Es wurde gefordert, daß dieses Verfahren eingestellt wird.

Was die

Wirtschaftspolitik

anlangt, so ging die Meinung allgemein dahin, daß von den beiden Vorschlägen der Sozialreformkommission keiner annehmbar sei. Da keiner die Gewähr biete, daß seine Durchführung zu einer Steigerung der Gütererzeugung führe, sozialistische Experimente aber, die diese Wirkung nicht haben, die im Gegenteil die Gütererzeugung sowie den Güterumsatz erschweren und verteuern, würden bei der verunsicherten Lage unserer Wirtschaft allgemein als verhängnisvoll bezeichnet. Man forderte deshalb einen Verzicht auf solche Versuche und war der Ansicht, daß auf diesem Gebiete eine vernünftige Politik nur möglich sei, wenn sie sich in Fühlung mit den sachverständigen Kreisen des Unternehmertums hält.

Den besetzten Gebieten in Ost und West

wandte sich die Aussprache mit besonderer Dringlichkeit zu. Es wurde nachdrücklich betont, daß diese Gebiete und ihre Bevölkerung unsere größte Aufmerksamkeit und Fürsorge verdienen, damit der Zusammenbruch nicht gelockert werden kann. Im Mittelpunkt dieser Erörterung standen die Verhältnisse in Oberschlesien, die man als völlig unhaltbar bezeichnete. Leider fehlt der deutschen Regierung die Macht, um dort unmittelbar zuzuhelfen der deutschen Bevölkerung einzuarbeiten. Umso mehr müssen alle Mittel, die und zur Verfügung stehen, angewandt werden, um die Gefahr, der Oberschlesien ausgesetzt ist, abzuwenden. Die Polen benehmen sich in diesem ferndeutschen Land bereits wie die Herren. Dadurch ist das nach dem Friedensvertrag feststehende gewährte Selbstbestimmungsrecht der ober-schlesischen Bevölkerung in Gefahr. Unausgesetzte und nachhaltige Propaganda in dem gefährdeten Gebiete selbst wie in Deutschland und im Ausland muß aller Welt immer wieder vor Augen führen, welch schreckliches Unrecht an den Deutschen in Oberschlesien verübt wird, und muß dasjenige Windsturm von Rechten für die deutsche Bevölkerung fordern, das im Vertrag von Versailles festgelegt ist. Die Regierung wird es als ihre unbedingte Pflicht betrachten müssen, auf diesem Gebiet wirklich alles zu tun, was in ihren Kräften steht.

Auch über die Frage der

Erweiterung der Regierungsgrundlage

land eine eingehende Aussprache statt. Man war sich darin einig, daß, wie es auch im Wahlkampf betont worden ist, zur Wiederaufbauarbeit alle Kräfte zusammengefaßt werden müssen, die arbeitswillig mit Hand anlegen wollen. Dennoch kann es nur erwünscht sein, wenn die verantwortliche Regierungstätigkeit auf möglichst breiter Grundlage ruht. Die Deutsche Volkspartei muß aber ihr Zusammenarbeiten mit anderen Parteien davon abhängig machen, daß jede Regierbarkeit gegenüber extremen Forderungen von links oder rechts unter allen Umständen ausgeschlossen ist.

Nur unter dieser Bedingung vermag die Deutsche Volkspartei die Verantwortung für die Regierung zu tragen.

Kennzeichnend und erfreulich war die Uebereinstimmung und der Nachdruck, mit dem diese Auffassung der Lage von den Rednern aller Landesteile vertreten wurde. An der Aussprache teilnahmen als Dr. Trofmann, Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, Exa. Dr. Becker, Frau Rende, v. Schwabach, Brüninghaus, Dr. Nieber, Dr. Mittelmann, Exa. v. Richter, Garmisch, Kubbler, Dr. Leidia Dr. Molden-

hauer, Dr. Gremer, Flathmann, Dr. Curtius, Kempkes, Hollmann und Sachs.

Die Mehrheitsozialisten des Magdeburger Bezirks haben beschlossen, dem sozialdemokratischen Parteitag in Kassel den Antrag vorzulegen, er möge erwidern, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, alle parlamentarischen Machtmittel zu benutzen, um eine Regierungsbildung anzukurbeln, in der die Sozialdemokratie vertreten sei.

Die Besatzungszulage.

Am 7. Juli ist von den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Meyer-Herford, Dr. Kalle und Dr. Moldenhauer folgende Anfrage an die Regierung gestellt worden:

Nach der Antwort der Preussischen Regierung auf die Anfrage, ob sie bereit sei, in Verhandlungen mit der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß den Beamten, Lehrern, Angestellten und Lohnempfängern der Länder und der Selbstverwaltungskörper in den besetzten Gebieten aus Reichsmitteln eine entsprechende Zulage gewährt werde, soll der Reichsfinanzminister dem Preussischen Finanzminister mitteilen haben, daß eine Zahlung der Besatzungszulagen durch die Preussische Regierung an die preussischen Beamten nicht als eine Prämie für die schwebenden Verhandlungen über die Zuständigkeit betrachtet werde. In die Preussische Staatsregierung, falls diese Mitteilung erfolgt ist, bereit, die Auszahlung der Besatzungszulage sofort zu veranlassen?

Darauf ist jetzt von dem preussischen Finanzminister folgende Antwort erteilt worden: Nachdem das Preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 9. August d. Js. vorbehaltlich der Genehmigung der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung die vorstehende Zahlung der Besatzungszulage an die Staatsbeamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiter, sowie an die Volksschullehrer in den besetzten Gebieten nach den Reichsgrundlagen vom 1. Juli 1920 als beschlossen hat, habe ich die in Frage kommenden Dienststellen mit entsprechender Weisung versehen. — Pödemann, Finanzminister.

Das Bombenattentat in New-York.

Ueber den bereits gemeldeten Bombenanschlag gegen das große Rathaus Morgan in New-York werden nun weitere Einzelheiten gemeldet. Das Attentat wurde am 12. Uhr verübt, als das Geschäftshaus seinen Höhepunkt erreicht hatte. Der Verkehr der betroffenen Straße wurde vollständig eingestellt und die Straße geschlossen; Truppen haben in weitem Umfange Absperren vorgenommen. Die Ausräumungsarbeiten wurden während der Nacht fortgesetzt. Die Privatwohnungen von Morgan und anderer Finanzgrößen werden streng bewacht. Ueber die Ursache des Unglücks herrscht immer noch nicht völlige Klarheit. Die Polizei glaubt jedoch jetzt als sicher annehmen zu können, daß es sich um einen anarchistischen Anschlag handelt. Passanten wollen beobachtet haben, wie kurz vor der Explosion zwei Männer in einem Auto einige Kugeln vor der Bank hielten und sich dann schnell wieder entfernten. Man nimmt an, daß die beiden Unbekannten Bomben mit Zeitzündung niedergelegt haben. Daß es sich um einen Anschlag handelt, schließt man auch aus dem Umstand, daß zwei Stellen vorher durch Mitteilung von unbekannter Hand auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden sind. Der Bürgermeister von New-York hat eine Belohnung von 10.000 Dollars für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

mz. Paris, 18. Sept.

Nach einer Morgenblättermeldung aus New-York hat die Polizei einen Mann namens Edward Neffer verhaftet; er soll der Unterzeichner des Schriftstückes sein, in dem das Attentat in der Wallstreet angezeigt worden ist. Sein Schwager bezeichnet Neffer als einen Mann, der nicht im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten ist.

Deschanels Krankheit.

Interessante Anaablen über die Krankheit des Präsidenten Deschanel macht Marcel Outin im „Echo de Paris“. Er hatte Ende Juli eine Unterredung mit Deschanel, aus der klar hervorging, daß der Präsident psychisch deprimiert unter einer Willenskrise litt. Als er ihn fragte, ob er damit rechne, bis zum Zusammentritt der Kammer wiederhergestellt zu sein, habe sich Deschanel darauf beschränkt, mit einer unbeschreiblichen Melancholie die Arme zum Himmel zu heben und den Kopf zu schütteln. In den letzten Tagen habe man den Präsidenten dabei angetroffen, wie er — als ob eine geheimnisvolle Macht ihn triebe — um 6 Uhr morgens auf den großen, im Park befindlichen Tisch auauna. Mit größter Schonung sei der Präsident in sein Zimmer zurückgebracht worden.

Im „Journal“ wird mitgeteilt, daß Deschanel am Kriegerverfalluna leide. Schon am Tage nach dem Eisenbahnunfall hätten die Ärzte festgestellt, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft eine Besserung des Zustandes ausgeschlossen sei.

Das Ernteergebnis.

Einfuhr von 2 Millionen Tonnen Brotgetreide für 10 Milliarden Mark notwendig.

mz. Berlin, 18. Sept.

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschloß gestern mit der Reichsregierung, der Präsident des Reichsgetreidebundes, Geheimrat Kleiner, bezeichnete das Bild, das nach den bisherigen Feststellungen von der neuen Ernte zu erwarten sei, als sehr trübe. Die Roggenernte habe fast überall im Reich stark enttäuscht. Die vom Ernährungsausschuss des Reichstages durchgeführte volle Freigabe des Deputats der Landarbeiter anstelle der Festlegung der von der Reichsgetreidebörse gewünschten Höchstmenge ergab ferner einen Ausfall von einer halben Million für die allgemeine Wirtschaft. Es eröffne sich damit eine neue Quelle für den Getreidehandel. Die Reichsgetreidebörse schätze vorläufig die neue Ernte an Brotgetreide nur auf etwa sieben Millionen Tonnen. Die Anbaufläche für Brotgetreide habe sich um 7,35 Prozent vermindert.

Die Weizenernte werde als Mittelernte, die Haferernte als eine gute Mittelernte beurteilt. Im Ganzen bleibe das Ernteergebnis hinter dem Bedarf wesentlich zurück. Deshalb sei die Reichsgetreidebörse gegen die Erhöhung der Retention, wolle aber die Herabsetzung der Ausmahlung von 90 auf 85 Prozent ansetzen, jedoch nur bei gleichzeitiger Protektion von 10 Prozent. Wir müssen im übrigen bis zwei Millionen Tonnen Brotgetreide einführen, hauptsächlich aus Amerika. Bei einem Durchschnittspreis von 5000 M. für die Tonne werde diese Einfuhr allerdings zehn Milliarden M. erfordern. Nach Ansicht der Reichsgetreidebörse müssen sie auf das Reich ganz übernommen und durch allgemeine Steuern aufgebracht werden. Die Anlieferung von Getreide, einschließlich Hafer, sei in diesem Jahre gegen das Vorjahr bis zum 15. Sept. von 241 auf 257 Tonnen gestiegen. Am schlimmsten beunruhigt nicht der Ausfall der Ernte, sondern der Umstand, daß die Exekutive auf dem Gebiete der öffentlichen Bewirtschaftung stark verzögert und die Anordnungen nicht befolgt würden.

Die Entwertung der Mark.

machte gestern weiter Fortschritte. In Paris ist am 17. September ein Tiefstand von 23,50 (gegen einen Kurs von 28.— am 10. September) das für die deutsche Währung bedauerliche Ergebnis, und an den deutschen Börsen wurde der französische Franc gehandelt bis 4,30 bezahlt. Am gleichen Tage stiegen die englischen Pfunde bis 290 (218), während der Dollar sich, etwas langsamer, von 63,50 auf 65.— erhöhte. Empfindlich verteuerten sich die nordischen Kronen; Norwegen und Dänemark (für 100 Kronen) von 840 bezw. 842,50 auf 900, Schweden von 1255.— auf 1325.— Mark. Auch die italienischen Lire, die lange Zeit unverändert auf dem Stand von etwa 230 verblieben, nahmen Teil an der Bewegung zu Ungunsten der deutschen Einfuhren; ihr Preis verteuerte sich gestern (für 100 Lire) von 285 auf 277,50 M. Und für den schweizerischen Franken mußten 10,40 (10,15) Mark bezahlt werden.

In Zürich notiert die Mark 9,80 (10,10); die Kurse der Entendevisen blieben gestern unverändert. New-York etwas schwächer, 6,20 (6,22), nachdem die amerikanischen Aufträge an Ungunsten der Kriegsländer-Währungen keine Erneuerung erfahren.

Die Markwertung dieser Vorgänge ist auf den heimischen Warenmärkten schon recht fühlbar; mit der andauernden festen Tendenz der Produktensorten im Einkauf stehen die letzten Meldungen von Steigerung der Güterpreise. In der breiten Masse der bei den Banken als Käufer von ausländischen Banknoten auftretenden Handelskreise scheint die Einsicht für die Gefährlichkeit ihrer Spekulationen noch nicht zu dämmern; anderenfalls würden sie sich befinden, den Abgang, auf dem sie selbst als Deutsche und Steuerzahler sitzen. Mit jeder neuen Stufe des Marktfalles sinkt auch das Vermögen und die Zahlungsfähigkeit der Gesamtheit.

Holz wieder in Tätigkeit.

Kuerbach i. B., 17. Sept.

Der Freibenter Max Hölz taucht wieder auf. Am 9. September erhielt der Verleger der „Waldländischen Nachrichten“ von Hölz, der im Frühjahr nach dem Kapp-Putsch mit seiner Bande im Böhmerland herrschte, einen in Kallender zur Post abgegebenen Drohbrief, worin der Bandenführer erklärte, er werde ihm in kurzer Zeit sein lebhaftes Interesse an dem Prozeß gegen die vogelwärtigen Kommunisten und für seine „Verleumdungen“ seinen persönlichen Dank abgeben. Auf Grund dieses Drohbriefes zog die sächsische Regierung bei der sächsischen Regierung Erfindungen ein und erhielt die Bestätigung, daß Hölz vor einigen Tagen aus dem Sanatorium entlassen sei. Die sächsische Regierung vermutet, daß sich Hölz in der Kallender-Gegend verborgen hält, und traf alle Sicherheitsmaßnahmen zu seiner Festnahme.

Montenegrinischer Angriff auf Stutari.

mz. Paris, 18. Sept.

Nach einer Radiomeldung aus Rom ist der montenegrinische General Ratkovitch im Begriff, Stutari mit 2000 Mann anzugreifen.

Braunschweiger.....	464.-	—.-	4. Melinger Prämien	—.-	—.-
St. Gothaer Fz. Pfdst. II	—.-	—.-	Türkische 400 Frs.	550.-	—.-